
Sicherheitsrat

Verteilung Allgemein
30. Mai 2023

Aufforderung an die Neubelebte Übergangsregierung der nationalen Einheit, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht und ihren Verpflichtungen nach dem Neubelebten Abkommen das humanitäre Personal zu schützen und ein sicheres und förderliches Umfeld für die humanitäre Hilfe zu schaffen,

mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis über die Zunahme der Gewalt zwischen bewaffneten Gruppen in manchen Teilen Südsudans, bei der Tausende getötet und vertrieben wurden, und unter Verurteilung der Mobilisierung dieser Gruppen durch Konfliktparteien,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Verzögerungen bei der Durchführung des Neubelebten Abkommens, insbesondere mit der Forderung, ein einzelnes Staatskassenkonto zu verwenden und die erforderlichen Prüfungen, Überprüfungen und zusätzlichen Instrumente für ein offenes, transparentes und wettbewerbsfähiges Ölvermarktungssystem einzurichten, wie in Kapitel 4 des Neubelebten Abkommens ausgedrückt, und die Aufforderung an die Parteien, das Neubelebte Abkommen uneingeschränkt umzusetzen, so auch indem sie die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen, unverzüglich Übergangsinstitutionen einrichten und die volle gleichberechtigte und konstruktive Beteiligung der Frauen sowie die Einbeziehung der Jugend, der Glaubensgemeinschaften und der Zivilgesellschaft an allen Maßnahmen zur Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung gewährleisten und Fortschritte bei den Übergangsreformen zu erzielen, so auch im Hinblick auf die Schaffung eines freien und offenen zivilgesellschaftlichen Raumes, einen alle Seiten einbeziehenden Prozess der Ausarbeitung einer Verfassung sowie wirtschaftliche Transparenzreformen der öffentlichen Finanzverwaltung, mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen der Korruption und des Missbrauchs öffentlicher Gelder auf die Fähigkeit der Neubelebten Übergangsregierung der nationalen Einheit Dienstleistungen für ihre Bevölkerung bereitzustellen, und ferner betont, dass die Wirtschaftslenkung verbessert werden muss, um wirksame nationale Strukturen für die Steuereinzahlung und die Korruptionsbekämpfung zu gewährleisten und so die Umsetzung des Regulierungsrahmens, der für eine politische Wende unerlässlich ist, und die Deckung der humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zu finanzieren,

anerkennt, dass Mitgliedstaaten weiter klar ihre Absicht erklären, den zuständigen Behörden in Südsudan unter Einhaltung der Resolution 2428 (2018) technische Hilfe und Kapazitätsaufbauhilfe zu leisten und so die Durchführung des Neubelebten Abkommens zu unterstützen, und den Mitgliedstaaten nahelegen, die Neubelebte Übergangsregierung der nationalen Einheit in Bezug auf die Lagerung von Munition und die Bestandskontrolle von

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen, die im Abschlussbericht 2023 der Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen ([S/2023/294](#)) veröffentlicht wurden, und betonend, dass

Ausgaben, Defiziten un

gegebenenfalls Besuche ausgewählter Länder durch den Vorsitz und/oder Mitglieder des Ausschusses zu erwägen;

19. beschließt das in Ziffer 19 der Resolution [2428 \(2018\)](#) festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe bis zum 1. Juli 2024 verlängern, und beschließt, dass die Sachverständigengruppe dem Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss bis zum 1. Dezember 2023 einen Zwischenbericht, bis zum 1. Mai 2024 einen Schlussbericht und mit Ausnahme der Monate, in denen diese Berichte fällig sind, jeden Monat aktualisierte Informationen vorlegt und erinnert an Ziffer 6 der Resolution [2664 \(2022\)](#), der der Ausschuss angewiesen wird, mit Unterstützung der Sachverständigengruppe die Durchführung von Ziffer 1 der Resolution [2664 \(2022\)](#) einschließlich des Risikos der Abzweigung, zu überwachen

20. ersucht das Sekretariat, im Einklang mit Ziffer 6 der Resolution [2242 \(2015\)](#) dafür zu sorgen, dass die Sachverständigengruppe über die notwendigen Sachkenntnisse in Geschlechterfragen verfügt, und legt der Sachverständigengruppe nahe, Geschlechterfragen als Querschnittsthema in ihre Untersuchungen und ihre Berichterstattung aufzunehmen;

21. fordert alle Parteien und alle Mitgliedstaaten sowie die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen auf, die Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe sicherzustellen, insbesondere auch durch die Bereitstellung aller Informationen über unerlaubte Vermögensstransfers aus Südsudan in Form von Immobilien- und Unternehmensnetzwerke, und fordert ferner alle beteiligten Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe und ihren ungehinderten Zugang, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, zu gewährleisten, damit die Sachverständigengruppe ihr Mandat ausführen kann;

22. ersucht die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, im Einklang mit Ziffer 7 der Resolution [1960 \(2010\)](#) und Ziffer 9 der Resolution [1998 \(2011\)](#) sachdienliche Informationen an den Ausschuss weiterzugeben, und bittet den Hohen Kommissar für Menschenrechte, sachdienliche Informationen an den Ausschuss weiterzugeben, soweit angezeigt;

23. befürwortet